

Sozialhilfe bleibt umstritten

FPÖ und Impuls sehen bei der Mindestsicherung ebenso Handlungsbedarf wie die ÖVP. Impuls-Chefin **Maria Zwölfer** spricht sich für eine Deckelung der Mindestsicherung mit 1500 Euro für Familien aus. Den Bezug der Mindestsicherung will sie an eine Aufenthaltsdauer von fünf Jahren knüpfen. Damit segelt Impuls auf ÖVP-Linie. „Die ÖVP hätte auch ohne den grünen Regierungspartner eine Mehrheit in Sachen Mindestsicherung“, erklärt auch FP-Chef **Markus Abwerzger**. Die Blauen würden allerdings noch einen Schritt weiter gehen. Sie meinen: „Die derzeitige Situation ist nicht mehr tragbar. Es ist fünf nach zwölf.“ Die FPÖ würde Flüchtlingen die Mindestsicherung zur Gänze streichen und durch „notwendige lebenserhaltende Sachleistungen“ ersetzen. Geldleistungen würde es nach dem FP-Plan keine mehr geben. Den ÖVP-Plänen wenig abgewinnen kann ÖGB-Chef **Otto Leist** (SPÖ). 30 Prozent der Mindestsicherungsbezieher seien Kinder und Jugendliche. Die „einzige Lösung“ aus Sicht Leists sei, die Löhne anzuheben. Keinen akuten Handlungsbedarf, die Mindestsicherung zu reformieren, sieht, wie berichtet, die zuständige grüne Soziallandesrätin **Christine Baur**.

Baur freute sich gestern darüber, dass die Länder sich in Klagenfurt auf einen Integrationspfad geeinigt haben. „Dieses Papier ist eine sehr gute Grundlage für die Verhandlungen mit dem Bund zum Integrationsgesetz“, meinte sie. (aheu)